



DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

WOCHENBERICHT 27/80

Berlin

3. Juli 1980

47. Jahrgang

Geldpolitik und „manipuliertes Floaten“

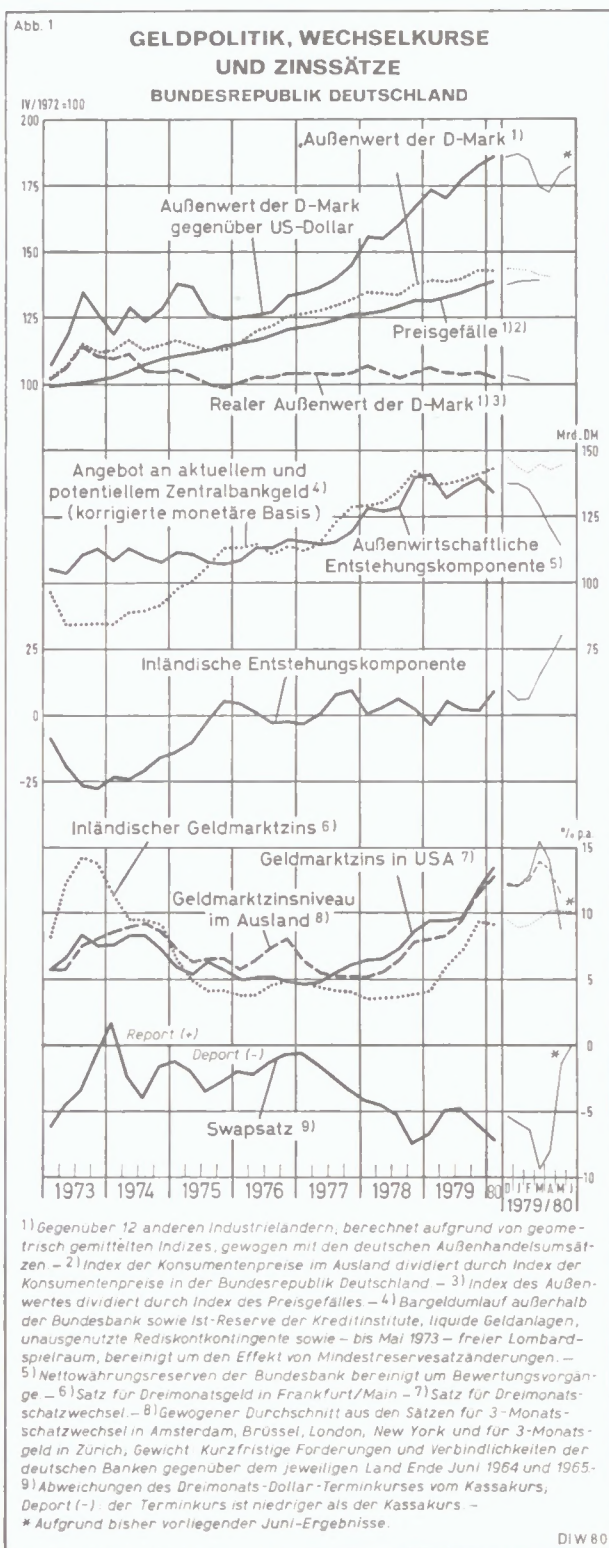
Im Frühjahr 1973 brach das währungspolitische System von Bretton-Woods zusammen. Der Versuch, trotz erheblicher Inflationsdifferenzen zwischen den verschiedenen Volkswirtschaften relativ feste Wechselkurse durchzusetzen, war gescheitert. Viele erhofften sich damals eine neue Währungsordnung, in der sich die Wechselkurse ohne nennenswerte Interventionen der Notenbanken auf den Devisenmärkten, also völlig frei, bilden können; damit würde die Geldpolitik eines jeden Landes vor den Einflüssen der Geldpolitik in den übrigen Ländern geschützt. Tatsächlich jedoch entwickelte sich ein System des gesteuerten oder „manipulierten Floatens“. In Westeuropa gibt es seit 1973 wechselkurspolitische Vereinbarungen zur Stabilisierung der Währungsrelationen (Währungsschlange, Europäisches Währungssystem); deshalb werden die Notenbanken immer wieder zu Käufen und Verkäufen auf den Devisenmärkten gezwungen. Aber auch der Wechselkurs des Dollar wird nicht voll dem Devisenmarkt überlassen, sondern durch — meist abgestimmte — Interventionen der amerikanischen Währungsbehörden und der anderen beteiligten Notenbanken beeinflusst.

In der Regel sollen mit Interventionen lediglich kurzfristige Schwankungen der Wechselkurse um den „Trend“ verhindert und damit „geordnete Marktbedingungen“ hergestellt werden. Von Zeit zu Zeit gehen die Interventionen aber weit darüber hinaus — so auch in den ersten Monaten dieses Jahres. Mit derart umfangreichen Interventionen sollen Bewegungen der Wechselkurse korrigiert werden, die von den „fundamentalen Marktdaten“

her nicht gerechtfertigt sind. Einer solchen Praxis der Notenbanken wird häufig entgegengehalten, Interventionen seien nur ein Kurieren an Symptomen und hätten deshalb schädliche Folgen. Sie verhinderten einen klaren geldpolitischen Kurs, erzeugten Unsicherheit und destabilisierende Erwartungen, und die Anpassung der Wechselkurse an den von der Notenbank eigentlich gewünschten Kurs werde sogar erschwert.

Gemeinsamkeiten zwischen Anhängern und Gegnern von Devisenmarktinterventionen

Ungeachtet aller Meinungsverschiedenheiten über die Zweckmäßigkeit von Interventionen sind sich Anhänger wie Gegner von Interventionen in der Regel über den wichtigsten fundamentalen Bestimmungsgrund der Wechselkursentwicklung einig: Die Tendenz der Wechselkurse wird durch das Inflationsgefälle bestimmt. Diesem als „Kaufkraftparitätentheorie“ bekannten Konzept liegt ein einfaches Modell zugrunde, in dem die einzelnen Länder nur Handel miteinander treiben, also keine Kreditbeziehungen eingehen; ausgeschlossen wird ebenfalls die Erwartung von Wechselkursänderungen. Wenn im Ausland die Preise stärker steigen als zum Beispiel in der Bundesrepublik, wird die Nachfrage der westdeutschen Volkswirtschaft nach den Währungen der übrigen Länder zurückgehen und die Nachfrage des Auslandes nach der D-Mark steigen. Der Wechselkurs für die fremde Währung wird solange sinken, bis die ausländischen Preise über den Wechselkurs



1972 (Basiszeit) bis Ende 1979 erheblich stärker heraufgegangen als in der Bundesrepublik; der mit den deutschen Außenhandelsumsätzen gewogene Index des „Preisgefälles“ hat sich um 37 vH erhöht. Der gewogene Index des Außenwertes der D-Mark gegenüber diesen Ländern ist etwas stärker, nämlich um 43 vH gestiegen, so daß der „reale“ Außenwert der D-Mark um etwa 4 vH zugenommen hat. Bemerkenswert ist, daß der Index des realen Wechselkurses nach einem ursprünglichen kräftigen „Überschießen“ in den letzten sechs Jahren zwar geschwankt, aber nur selten die 5-Prozent-Marke überschritten hat. Sicherlich ist dieser Test in mancher Hinsicht anfechtbar. Dies gilt z. B. für die Wahl der Preisreihen; so bewegte sich der aufgrund der Großhandelspreise errechnete Index des realen Außenwertes in den letzten drei Jahren innerhalb einer Bandbreite von 105 bis 110. Auch die Wahl des Basiszeitraums bedeutet nicht, daß damals überhaupt keine Preisdifferenz und zuletzt eine Differenz von 4 vH bestanden hätte. Trotzdem: Die These, daß die mittel- und langfristige Tendenz der Wechselkurse in Übereinstimmung mit der Tendenz des Preisgefälles steht, dürfte kaum in Zweifel gezogen werden.

Die These, daß die Kaufkraftparitätentheorie mittel- und langfristig gültig sei, schließt natürlich nicht aus, daß es von Quartal zu Quartal, ja selbst von Jahr zu Jahr Schwankungen der „realen“ Wechselkurse geben kann, die für die außenwirtschaftlich orientierten Wirtschaftsbereiche – besonders im Verhältnis zu einzelnen Ländern – recht fühlbar sein können. Über die wichtigsten Ursachen solcher Änderungen der realen Wechselkurse sind sich Befürworter und Gegner von Interventionen ebenfalls einig.

Eine bekannte Form von Wechselkursbewegungen ist das „Überschießen“ des Wechselkurses über die tatsächlichen Inflationsraten hinaus. Wenn z. B. politische Ereignisse oder ein geldpolitischer Kurswechsel erwarten lassen, daß die Inflation in einem bestimmten Land demnächst stärker werden und der Wechselkurs dieser Volkswirtschaft deshalb sinken wird, werden die Marktteilnehmer schon heute aus dieser Währung in für stabiler gehaltene Währungen umsteigen, um Kursgewinne zu erzielen; dies wird den Wechselkurs der gefährdeten Währung schon heute unter Druck setzen¹.

Eine weitere Quelle von „Störungen“ ist der grenzüberschreitende Geld- und Kapitalverkehr. Wenn zum Beispiel auf dem Eurodollarmarkt die Zinssätze für

gerechnet wieder gleich den Preisen in der Bundesrepublik sind.

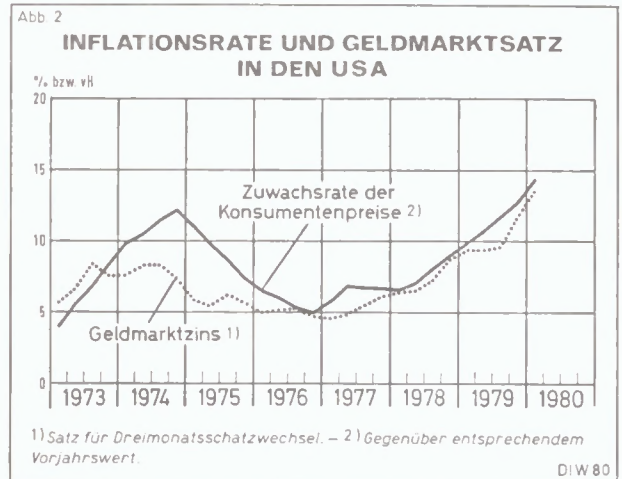
Die Zeitreihen in der Abbildung 1 stützen diese Theorie grundsätzlich. In den 12 ausgewählten Industrieländern sind die Konsumentenpreise von Ende

¹ Vgl. Jürg Niehans: Geldpolitik bei überschießenden Wechselkursen. In: Außenwirtschaft. Heft III, Sept. 1979.

Dreimonatsgeld sinken, wird es lohnend sein, sich auf dem Euromarkt zu verschulden und das aufgenommene Geld in der Bundesrepublik für drei Monate anzulegen. Das Dollarangebot (= Nachfrage nach D-Mark) nimmt zu, so daß der Dollarkurs – in D-Mark gerechnet – fällt. Wie weit er sinken wird, hängt von den Wechselkurserwartungen ab. Erwartungen sind allerdings unsicher, und viele – insbesondere im Außenhandel engagierte – Marktteilnehmer wollen sich gegen die Risiken von Wechselkursänderungen sichern. Sie schließen auf den Devisen-Terminmärkten Kurssicherungsgeschäfte ab.

Damit die Kurssicherungskosten mit den Zinssätzen verglichen werden können, wird die absolute Abweichung des Devisen-Terminkurses vom Devisen-Kassakurs auf den Kassakurs bezogen und auf die Jahresrate hochgerechnet; man bezeichnet diese Rate als „Swapsatz“. Von einem Aufschlag oder Report spricht man, wenn der Terminkurs höher ist als der Kassakurs; im umgekehrten Falle handelt es sich um einen Abschlag oder Deport. Im vorliegenden Beispiel, in dem der Zinssatz auf dem Eurodollarmarkt niedriger ist als der Zinssatz für vergleichbare D-Mark-Anlagen, wird ein Report für den Dollar entstehen: Wer heute einen Dollarkredit auf drei Monate aufnimmt, den Gegenwert in D-Mark umtauscht und verzinslich anlegt und gleichzeitig Dollar auf Termin (zurück-)kauft, wird nach drei Monaten mehr D-Mark für die Tilgung des Dollarkredites aufwenden müssen, als er heute für den Dollar bekommen hat. Mit der Übernahme von Kurssicherungskosten entgehen die Marktteilnehmer dem Risiko von Wechselkursänderungen; sie verzichten aber auch auf das, was die Spekulation ausmacht, nämlich auf die Chance von Kursgewinnen. Hier kann die mit der subjektiven Einschätzung des Risikos bewertete Änderung von Wechselkursen mit einigen Vorbehalten als das Pendant zu den Swapsätzen angesehen werden.

Unter der Voraussetzung, daß nach der Entstehung eines Zinsgefälles keine neuen Marktdaten bekannt werden, trägt die Bildung von Swapsätzen rasch zur Stabilisierung der Wechselkurse bei. Solange die Kurssicherungskosten (Swapsatz) niedriger sind als das Zinsgefälle, werden grenzüberschreitende Geldbewegungen profitabel sein, so daß auch die Kassakurse in Bewegung bleiben. Die Arbitrage sorgt jedoch dafür, daß binnen kurzem – manchmal innerhalb von Sekunden – der Swapsatz genau so groß wird wie das Zinsgefälle bei voll vergleichbaren Anlagen. So werden in den Statistiken für die Eurogeldmärkte nur sehr geringe Differenzen ausgewiesen, und auch diese dürften überwiegend auf Meßfehlern beruhen. Stärker unterscheidet sich im allgemeinen der Swapsatz allerdings von der Differenz



zwischen dem westdeutschen und dem *amerikanischen* Geldmarktsatz (Abbildung 1); dies liegt jedoch – neben Meßfehlern – daran, daß amerikanische Schatzwechsel und Dreimonatsgelder in Frankfurt a. M. zwar in enger Substitutionsbeziehung stehen, aber eben doch nicht ganz „gleichwertig“ sind.

In dem hier angeführten Beispiel war unterstellt worden, daß es zu einem Rückgang des Wechselkurses und zu einem Report für den Dollar kommt, wenn der Eurodollarzins niedriger ist als der westdeutsche Geldmarktsatz. Dieser Zusammenhang trifft jedoch nur zu, wenn die Marktteilnehmer nicht mit einer permanenten Verschlechterung des Dollarkurses rechnen. Abbildung 1 deutet jedoch darauf hin, daß dies in den letzten vier Jahren nicht der Fall war. Die Geldmarktzinsen in den USA und in anderen Industrieländern lagen seit der Rezession – bei steigender Tendenz – ständig über dem westdeutschen Geldmarktzins. „Trotzdem“ ist der Wechselkurs für den Dollar und andere Fremdwährungen tendenziell gesunken, der Außenwert der D-Mark hat sich dementsprechend erhöht. Dem Zinsgefälle zugunsten des Auslandes entsprach theoriegemäß ein Deport, d. h. der Terminkurs für den Dollar war immer niedriger als der Kassakurs. Abbildung 2 legt die Erklärung hierfür nahe: Die Beschleunigung der Inflation hat die Erwartung weiter steigender Inflationsraten geschürt und die Geldanleger zur Anpassung ihrer Zinsforderungen veranlaßt. Diese Anpassung hat zweierlei bewirkt. Sie hat eine noch stärkere Inflation im Ausland und eine noch stärkere Abwertung der ausländischen Währungen verhindert. Allerdings ist dieser „Stabilisierungsmechanismus“ nur eine sehr schwache Bremse gegen eine in vollem Gange befindliche Inflation. Er kann eine stabilitätsorientierte Geldpolitik natürlich nicht ersetzen.

Meinungsverschiedenheiten über den Nutzen von Interventionen

Interventionen zur Sicherung von „orderly conditions“ sollen der Wirtschaft das Risiko abnehmen, das mit den Fluktuationen der Wechselkurse verbunden ist. Für die Gegner von Interventionen ist das kein wesentlicher Streitpunkt: Die Glättung der kurzfristigen Schwankungen nutze nicht viel – die Wirtschaft orientiere sich eher am „permanenten“ Wechselkurs² –, aber sie schade auch nicht viel.

Ernstere Kontroversen entstehen aber dann, wenn die Notenbanken weit darüber hinausgehen. Solche Interventionen werden oft damit begründet, daß die Notenbanken dem Markt Warnsignale setzen müßten, wenn der Wechselkurs in eine „falsche“, von den fundamentalen Marktdaten her nicht angezeigte Richtung abzugleiten und sich selbst verstärkende Spekulationsprozesse auszulösen drohe³. Um eine solche Intervention handelte es sich offensichtlich, als die Bundesbank und andere Notenbanken im letzten Frühjahr massiv zugunsten der D-Mark und zu Lasten des Dollar intervenierten. Die D-Mark geriet unter Druck, als sich die westdeutsche Leistungsbilanz drastisch verschlechterte und die Verschärfung der Hochzinspolitik in den USA außerdem Kapitalexperte aus der Bundesrepublik anregte. Unmittelbarer Anlaß zu den Interventionen waren zweifellos die sich aus dem Europäischen Währungssystem ergebenden Bindungen. Es gab aber auch „rein“ ökonomische Gründe hierfür. Für eine Milderung der Abwertung der D-Mark sprachen – angesichts der ohnehin verstärkten Preissteigerungen in der Bundesrepublik – sicherlich zunächst einmal stabilitätspolitische Gründe; denn eine anhaltende Abwertung ist gleichbedeutend mit einem Import zusätzlicher Preissteigerungen. Die Bundesbank konnte sich aber zu Recht auch darauf berufen, daß die fundamentalen Marktdaten die Bundesrepublik nach wie vor als ein „aufwertungsverdächtiges“ Land ausweisen: Die Stabilitätspolitik wird dazu beitragen, daß die Preissteigerung, die sich vor allem infolge der Ölverteuerung beschleunigt hat, in absehbarer Zeit wieder nachlassen wird, so daß die Bundesrepublik ihren Stabilitätvorsprung gegenüber den meisten anderen Ländern behalten wird. Unter diesen Umständen kann das westdeutsche Leistungsbilanzdefizit nicht als ein fundamentales Marktdatum gewertet werden, das gegen die D-Mark ins Feld zu führen wäre. Die Verschlechterung der westdeutschen Leistungsbilanz bedeutet nicht, daß die Bundesrepublik infolge einer unsoliden Wirtschaftspolitik „über ihre Verhältnisse“ lebt, sondern sie ist weitgehend die Folge der exorbitanten Verteuerung der Rohstoffeinfuhren.

Ob die Interventionen im Frühjahr tatsächlich diesen Signaleffekt hatten, ist freilich umstritten. So liegt es nahe, auf das Mißverhältnis von „Aufwand“ (Umfang der Intervention) und „Ertrag“ (Kursstabilisierung) hinzuweisen: Obwohl die Devisenreserven der Bundesbank in den ersten drei Monaten des Jahres um 15 Mrd. DM schrumpften, stieg der Kurs des Dollar gegenüber der D-Mark von 1,71 DM auf 1,98 DM, also um fast 16 vH. Er begann erst dann, Anfang April, wieder zu sinken, als die Zinssätze in den USA auf „Talfahrt“ gingen.

Nun ist der Rückgang der Währungsreserven – in den ersten fünf Monaten des Jahres belief er sich sogar auf 18 Mrd. DM – kein Vorgang, der für sich genommen dramatisiert werden sollte; da in den vergangenen Jahren die Währungsreserven durch Interventionen zur Stützung des Dollar per Saldo sogar beträchtlich angereichert worden waren, kann die Trennung von unproduktiven Devisenreserven sogar begrüßt werden. Die grundsätzlichen Thesen, die die Anhänger des reinen Floatens gegen Interventionen vorbringen, werden dadurch allerdings nicht berührt.

Diese Thesen besagen etwa folgendes: Das Argument, mit Interventionen müßten Signale gesetzt werden, wenn der Wechselkurs nicht mehr in Einklang mit den fundamentalen Marktdaten stehe, ist fragwürdig; denn die Notenbanken sind in der Regel über die meisten fundamentalen Daten nicht besser informiert als die maßgeblichen Marktteilnehmer (Banken, Versicherungen, Großunternehmen). Die Notenbanken haben es aber in der Hand, einen wesentlichen Bestimmungsfaktor für die Wechselkursentwicklung selber zu gestalten, nämlich ihren eigenen geldpolitischen Kurs. Insoweit können die Notenbanken also durchaus dazu beitragen, daß die Erwartungen (und damit auch der Wechselkurs) in die gewünschte Richtung gelenkt werden. Dies setzt allerdings voraus, daß ein klarer geldpolitischer Kurs vorgegeben und auch eingehalten wird. Interventionen auf den Devisenmärkten sind kein geeignetes Instrument, mit dem Erwartungen, die von den Absichten der Notenbank abweichen, korrigiert werden können. Im Gegenteil! Interventionen verhindern gerade das, worauf die Notenbank die Erwartungen

² Vgl. Kurt Schiltknecht: Einige Überlegungen zur Wechselkurspolitik von Notenbanken. Vortrag vor dem Ausschuß „Geldtheorie und Geldpolitik“ des Vereins für Socialpolitik am 13./14. Juni 1980; er wird in den Schriften des Vereins für Socialpolitik veröffentlicht.

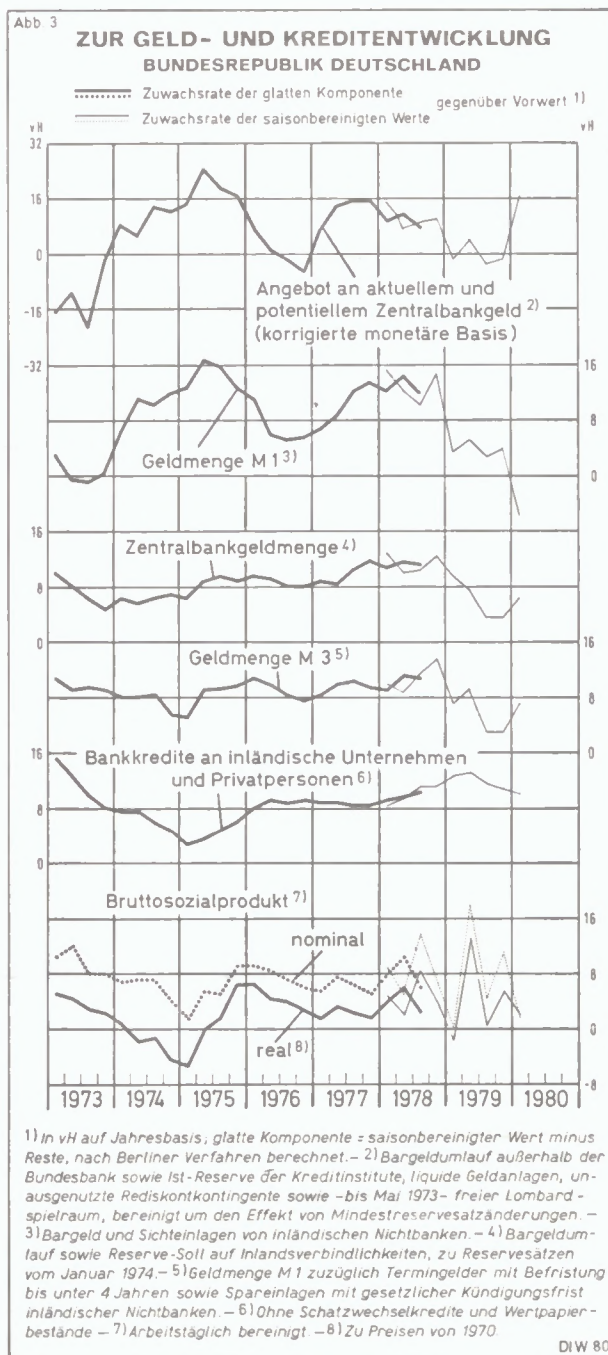
³ Vgl. Otmar Emminger: Internationale Währungsentwicklung und Geldwertstabilität. Vortrag vor dem Ausschuß „Geldtheorie und Geldpolitik“ des Vereins für Socialpolitik am 13./14. Juni 1980; er wird in den Schriften des Vereins für Socialpolitik veröffentlicht.

der Marktteilnehmer lenken will, nämlich den klaren geldpolitischen Kurs. Denn massive Käufe und Verkäufe von Devisen verhindern eine stetige Geldversorgung. Interventionen werden aber auch als Indiz dafür gewertet, daß die Notenbank selber nicht an die Effizienz ihrer eigenen Geldpolitik glaubt. Dies erzeugt Unsicherheit. Die Spekulation auf den Devisenmärkten wird angeheizt, so daß immer stärkere Interventionen provoziert werden. Auf die jüngste Entwicklung bezogen bedeutet dies: Hätten die Notenbanken auf jegliche Intervention zugunsten der D-Mark verzichtet und einen stetigen geldpolitischen Kurs verfolgt, so wäre vielleicht der Kurs der D-Mark stärker gefallen; aber sehr bald hätten sich die fundamentalen Faktoren durchgesetzt, so daß es binnen kurzem zu einer Korrektur des D-Mark-Kurses gekommen wäre.

Hat das Europäische Währungssystem den deutschen Stabilitätskurs gefährdet?

Ein Verzicht auf Interventionen hätte vorausgesetzt, daß entweder die D-Mark innerhalb des Europäischen Währungssystems (EWS) vorübergehend abgewertet worden wäre oder die Bundesrepublik sich vorübergehend vom EWS gelöst hätte. Ein rascher Wechsel von Abwertung und Aufwertung hätte die Glaubwürdigkeit des EWS beeinträchtigt; ein – wenn auch nur temporäres – Ausscheiden aus dem EWS hätte nicht nur dieses System, sondern auch die Europäische Gemeinschaft erheblich belastet. Eine währungspolitische Entscheidung, die solche politischen Konsequenzen haben kann, darf aber nicht nur unter ökonomischen Aspekten gefällt werden, sondern sie muß auch die politischen Grundlagen des EWS in Rechnung stellen. Sind die ökonomischen Argumente tatsächlich so triftig, daß sie eine Entscheidung gegen das EWS rechtfertigen?

An dieser Stelle können die ökonomischen und die politischen Argumente nicht gegeneinander abgewogen werden. Zumindest kann aber soviel gesagt werden: Innerhalb der Geldtheorie ist die Diskussion über die Wirkungen und den Nutzen von Interventionen keineswegs abgeschlossen⁴. Die oben genannten Argumente gegen das „managed floating“ sind zwar plausibel, aber ein auch den Wirtschaftspolitiker überzeugender empirischer Test steht noch aus. Auch läßt sich die These, durch das manipulierte Floaten sei eine stetige Geldversorgung ernsthaft erschwert worden, durch die bisherigen Erfahrungen nicht belegen: Die Basis der inländischen Geld- und Kreditversorgung ist das Angebot an aktuellem und potentiell Zentralbankgeld (vgl. die Abbildung 3). Wie der Abbildung 1 entnommen werden kann, hat das Angebot an Zentralbankgeld in den letzten Jah-



ren zwar geschwankt, aber diese Schwankungen waren mit wenigen Ausnahmen (zweites Halbjahr 1978) nicht auf die Interventionen der Notenbanken (vgl. die außenwirtschaftliche Entstehungskomponente des Zentralbankgeldangebots), sondern auf inländische Faktoren, z. B. die Änderung der Mindestreserven,

⁴ Während prominente Monetaristen sich gegen Interventionen aussprechen, hält zum Beispiel der namhafte Schweizer Geldtheoretiker Jürg Niehans die Interventionen für ein unverzichtbares Instrument der Notenbank; a.a.O.

Offenmarkt- und Swapoperationen und Lombardkredite zurückzuführen (vgl. inländische Entstehungskomponente). Nach der Jahreswende 1979/80 wurde das Angebot an Zentralbankgeld relativ stetig ausgeweitet, obwohl die Interventionen der Notenbanken dem Geldkreislauf ungewöhnlich viel Mittel entzogen hatten; denn durch mehrfache Aufstockungen der Rediskontkontingente, durch die Freigabe von Mindestreserven und andere expansive Maßnahmen konnte dieser Liquiditätsverlust ausgeglichen werden.

Man kann der Bundesbank vorwerfen, sie habe ihre Instrumente nicht so genutzt, daß immer eine stetige Ausweitung des Zentralbankgeldangebots zustande gekommen sei. Man kann ihr auch vor-

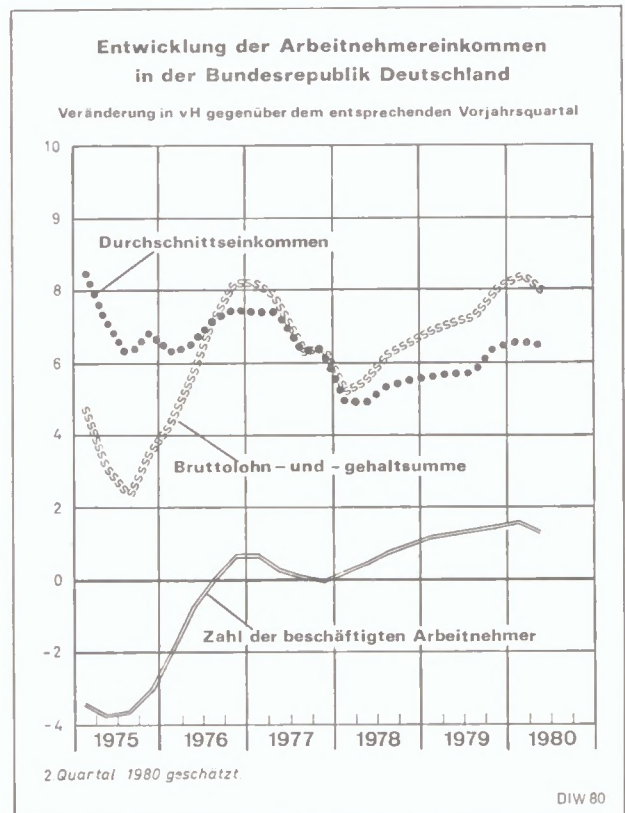
halten, sie habe sich zu wenig des flexiblen Instruments der Offenmarktpolitik bei der Neutralisierung der liquiditätspolitischen Wirkungen von Interventionen bedient; der Einsatz schwerfälligerer Instrumente (Mindestreserven, Rediskontkontingente) habe manchmal Hektik und Unsicherheit erzeugt. Eines steht jedoch fest: Bisher haben die Interventionen der Notenbanken den Kurs der Bundesbank nicht ernsthaft beeinträchtigt. Zumindest bis heute haben sie keine Wirkungen gehabt, die gegen das Weiterbestehen des — auch politisch begründeten — Europäischen Währungssystems ins Feld geführt werden können. Eine Garantie dafür, daß dies so bleibt, gibt es allerdings nicht.

Vor Wende am Arbeitsmarkt?

Beschäftigung und Arbeitnehmereinkommen in der Bundesrepublik Deutschland im ersten Quartal 1980

Die überraschende, vorübergehende Belebung der Nachfrage wie auch günstige Witterungsbedingungen haben im ersten Quartal 1980 zur Aufrechterhaltung einer insgesamt befriedigenden Lage am Arbeitsmarkt beigetragen. Die Zahl der abhängig Beschäftigten ist sogar nochmals kräftig gestiegen, die der Arbeitslosen im Quartalsdurchschnitt allerdings nicht mehr gesunken.

Das tarifliche Lohn- und Gehaltsniveau spiegelt in seinem statistischen Ausweis die bisherigen Tarifvereinbarungen der Lohnrunde 1980 im ersten Quartal nur unvollständig wider, im Vorjahresvergleich hat sich der Anstieg sogar verringert. Die effektiven Arbeitnehmereinkommen sind dagegen — bei nur geringen witterungsbedingten Arbeitsausfällen — beschleunigt gestiegen. In der Vergrößerung der Lohndrift spiegelt sich vor allem die im Vorjahresvergleich zusätzlich geleistete und bezahlte Arbeitszeit wider. Die Lohnstückkosten wiesen im Berichtsquartal eine günstige Entwicklung auf. Sie übertrafen nämlich im verarbeitenden Gewerbe das entsprechende Vorjahresniveau lediglich um 0,6 vH (IV/79: + 2,7 vH). In der Gesamtwirtschaft war ihr Anstieg ebenfalls schwächer als im Vorquartal, jedoch ausgeprägter als im produzierenden Bereich.



Beschäftigte und Einkommen der Arbeitnehmer¹⁾ in der Bundesrepublik Deutschland²⁾ Im 1. Quartal 1980

Wirtschaftsbereich	Absolute Zahlen								Veränderung gegen- über Vorjahr in vH			
	Männer				Frauen				Ins- gesamt	Männer	Frauen	Ins- gesamt
	Gesamt	Arbeiter	Angest. u. Beamte	Auszu- bildende	Gesamt	Arbeiter	Angest. u. Beamte	Auszu- bildende				
Beschäftigte Arbeitnehmer (in 1000 Personen)												
Land und Forstwirtschaft	163	109	24	30	73	58	6	9	236	0,6	-1,4	0,0
Bergbau	221	172	38	11	7	2	5	0	228	-0,9	.	-0,9
Energiewirtschaft	196	126	64	6	24	6	18	0	220	1,0	0,0	0,9
Verarbeitendes Gewerbe 3)	6 074	4 093	1 507	474	2 622	1 689	777	156	8 696	1,6	1,3	1,5
dav.: Grundst.- u. Prod.-güter	1 302	922	332	48	295	139	140	16	1 597	1,9	1,7	1,8
Investitionsgüter	3 240	2 094	844	302	1 071	653	365	53	4 311	1,8	1,9	1,8
Verbrauchsgüter	1 061	772	222	67	917	719	153	45	1 978	0,9	0,4	0,7
Nahrungs- u. Genußmittel	471	305	109	57	339	178	119	42	810	0,9	1,2	1,0
Baugewerbe	1 392	993	137	162	102	13	81	8	1 494	4,5	3,0	4,4
Produzierendes Gewerbe	7 883	5 484	1 746	653	2 755	1 710	881	164	10 638	2,0	1,3	1,8
Handel	1 301	474	644	183	1 430	202	1 003	225	2 731	0,9	1,4	1,2
Verkehr 4)	1 154	509	591	54	249	82	158	9	1 403	0,7	0,4	0,6
Handel und Verkehr	2 455	983	1 235	237	1 679	284	1 161	234	4 134	0,8	1,3	1,0
Öffentlicher Dienst 5)	2 391	379	1 970	42	1 211	216	952	43	3 602	1,0	1,5	1,2
Geld-, Bank- u. Vers.-wesen	416	14	351	51	376	27	311	38	792	2,7	2,7	2,7
Gaststättenwesen	151	79	48	24	265	143	110	12	416	2,7	0,8	1,5
Häusliche Dienste	1	-	1	-	245	156	78	11	246	.	-1,2	-1,2
Dienstleistungshandwerk 6)	95	64	15	16	435	264	100	71	530	4,4	2,8	3,1
Sonstige Dienstleistungen 7)	409	89	280	40	870	182	606	82	1 279	2,0	2,0	2,0
Dienstleistungen, gesamt	3 463	625	2 665	173	3 402	988	2 157	257	6 865	1,5	1,7	1,6
Insgesamt	13 964	7 201	5 670	1 093	7 909	3 040	4 205	664	21 873	1,6	1,4	1,6
Bruttolöhne und -gehälter (in Mill. DM) ⁸⁾												
Land- und Forstwirtschaft	794	536	219	39	262	216	35	11	1 056	6,0	6,1	6,0
Bergbau	1 744	1 225	503	16	52	11	41	0	1 796	-0,1	.	0,0
Energiewirtschaft	1 697	1 014	675	8	179	32	147	0	1 876	5,9	5,9	5,9
Verarbeitendes Gewerbe 3)	49 454	30 698	18 084	672	14 090	8 256	5 627	207	63 544	7,4	7,4	7,4
dav.: Grundst.- u. Prod.-güter	11 605	7 209	4 323	73	1 852	725	1 103	24	13 457	8,2	8,1	8,2
Investitionsgüter	26 913	16 222	10 258	433	6 393	3 504	2 817	72	33 306	7,7	8,4	7,8
Verbrauchsgüter	7 605	5 148	2 361	96	4 367	3 262	1 044	61	11 972	6,5	6,6	6,5
Nahrungs- u. Genußmittel	3 331	2 119	1 142	70	1 478	765	663	50	4 809	4,5	5,2	4,7
Baugewerbe	8 578	6 870	1 481	227	587	72	504	11	9 165	37,0	11,2	35,0
Produzierendes Gewerbe	61 473	39 807	20 743	923	14 908	8 371	6 319	218	76 381	10,5	7,5	9,9
Handel	8 966	2 915	5 813	238	6 674	934	5 463	277	15 640	7,4	7,8	7,5
Verkehr 4)	8 408	3 441	4 894	73	1 469	359	1 098	12	9 877	5,7	6,1	5,8
Handel und Verkehr	17 374	6 356	10 707	311	8 143	1 293	6 561	289	25 517	6,6	7,5	6,9
Öffentlicher Dienst 5)	21 402	2 591	18 749	62	8 806	965	7 780	61	30 208	6,3	7,0	6,5
Geld-, Bank- u. Vers.-wesen	3 477	95	3 307	75	2 309	135	2 120	54	5 786	7,4	7,7	7,5
Gaststättenwesen	918	470	416	32	1 125	565	545	15	2 043	6,7	6,0	6,4
Häusliche Dienste	7	-	7	-	923	544	365	14	930	.	4,1	4,0
Dienstleistungshandwerk 6)	476	328	126	22	1 615	1 001	528	86	2 091	8,9	7,7	8,0
Sonstige Dienstleistungen 7)	3 084	556	2 473	55	4 127	793	3 224	110	7 211	6,4	7,3	6,9
Dienstleistungen, gesamt	29 364	4 040	25 078	246	18 905	4 003	14 562	340	48 269	6,5	7,0	6,7
Insgesamt	109 005	50 739	56 747	1 519	42 218	13 883	27 477	858	151 223	8,7	7,3	8,3
Monatliches Durchschnittseinkommen (in DM)												
Land- und Forstwirtschaft	1 624	1 639	3 042	433	1 196	1 241	1 944	407	1 492	5,4	7,5	6,0
Bergbau	2 630	2 374	4 412	485	2 476	1 833	2 733	.	2 626	0,8	.	0,9
Energiewirtschaft	2 886	2 683	3 516	444	2 486	1 778	2 722	.	2 842	4,8	5,9	4,9
Verarbeitendes Gewerbe 3)	2 714	2 500	4 000	473	1 791	1 629	2 414	442	2 436	5,8	6,1	5,9
dav.: Grundst.- u. Prod.-güter	2 971	2 606	4 340	507	2 093	1 739	2 626	500	2 809	6,2	6,3	6,2
Investitionsgüter	2 769	2 582	4 051	478	1 990	1 789	2 573	453	2 575	5,8	6,3	5,9
Verbrauchsgüter	2 389	2 223	3 545	478	1 587	1 512	2 275	452	2 018	5,6	6,1	5,8
Nahrungs- u. Genußmittel	2 357	2 316	3 492	409	1 453	1 433	1 857	397	1 979	3,6	4,0	3,6
Baugewerbe	2 054	2 095	3 603	467	1 918	1 846	2 074	458	2 045	31,1	7,9	29,3
Produzierendes Gewerbe	2 599	2 420	3 960	471	1 804	1 632	2 391	443	2 393	8,3	6,1	7,9
Handel	2 297	2 050	3 009	434	1 556	1 541	1 816	410	1 909	6,4	6,3	6,3
Verkehr 4)	2 429	2 253	2 760	451	1 967	1 459	2 316	444	2 347	5,0	5,7	5,1
Handel und Verkehr	2 359	2 155	2 890	437	1 617	1 518	1 884	412	2 057	5,7	6,1	5,8
Öffentlicher Dienst 5)	2 984	2 279	3 172	492	2 424	1 489	2 724	473	2 795	5,2	5,4	5,3
Geld-, Bank- u. Vers.-wesen	2 786	2 262	3 141	490	2 047	1 667	2 272	474	2 435	4,6	4,8	4,7
Gaststättenwesen	2 026	1 983	2 889	444	1 415	1 317	1 652	417	1 637	3,9	5,2	4,8
Häusliche Dienste	2 333	-	2 333	-	1 256	1 162	1 560	424	1 260	.	5,3	5,3
Dienstleistungshandwerk 6)	1 670	1 708	2 800	458	1 238	1 264	1 760	404	1 315	4,3	4,7	4,7
Sonstige Dienstleistungen 7)	2 513	2 082	2 944	458	1 581	1 452	1 773	447	1 879	4,3	5,2	4,8
Dienstleistungen, gesamt	2 826	2 155	3 137	474	1 852	1 351	2 250	441	2 344	4,9	5,2	5,0
Insgesamt	2 602	2 349	3 336	463	1 779	1 522	2 178	431	2 305	7,0	5,8	6,6

1) Einschl. Heimarbeiter.- 2) Einschl. Berlin (West).- 3) Einschl. produzierendes Handwerk und sonstiges Kleingewerbe.-
4) Einschl. Bundesbahn und Bundespost.- 5) Einschl. Soldaten.- 6) U.a. fotografisches Gewerbe, Wäschereien, Friseure,
Gebäudereinigung.- 7) U.a. Organisationen ohne Erwerbscharakter und freie Berufe.- 8) Abweichungen der Bruttolohn- und
-gehaltsumme von der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung ergeben sich durch weitergehende sektorale Differenzierung.

Arbeitsmarkt

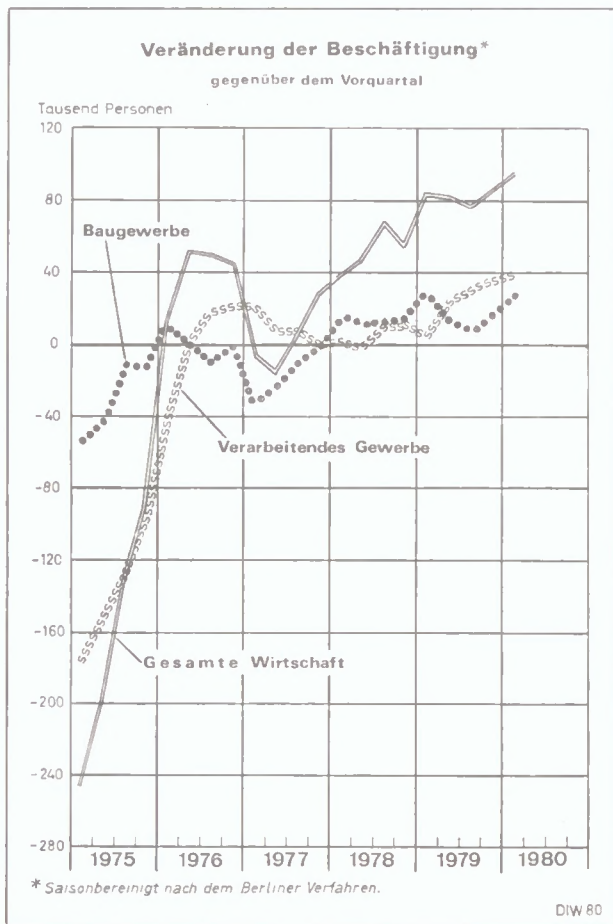
Die Arbeitslosenzahl hat sich im Durchschnitt des ersten Vierteljahres 1980 nicht weiter verringert. Dank milder Witterung wurde zwar im Februar 1980 saisonbereinigt der vorläufige Tiefststand (etwa 800 000) nach der Rezession 1974/75 erreicht, wegen des deutlichen Anstiegs im März war aber die Arbeitslosenzahl am Ende des ersten Quartals 1980 erstmals wieder etwas höher als im Dezember 1979.

Die saisonbereinigte Zahl der offenen Stellen stagnierte nahezu; mit rund 325 000 war sie nur geringfügig höher als in der zweiten Jahreshälfte 1979. Die Kurzarbeit, die seit Mitte 1979 kaum noch Bedeutung hatte, ist im Berichtsquartal wieder etwas, auf 100 000, gestiegen.

Wenn auch die Relation zwischen Zahl der Arbeitslosen und offenen Stellen auf ein allgemeines Ungleichgewicht am Arbeitsmarkt hinweist, so zeichnen die Strukturanalysen der Bundesanstalt für Arbeit doch ein differenzierteres Bild. In der Zeit abnehmender Gesamtarbeitslosigkeit habe die Zahl der älteren, der gesundheitlich eingeschränkten und der beruflich wenig qualifizierten Arbeitslosen immer noch zugenommen. Dagegen gehe auf immer mehr Teilarbeitsmärkten das Stellenangebot für qualifizierte Kräfte über die entsprechende Arbeitslosenzahl hinaus. Ende September 1979 sei dies bei 87 von insgesamt 328 Berufsordnungen mit 97 000 offenen Stellen gegenüber 48 000 registrierten Arbeitslosen der Fall gewesen. Insbesondere in den Bau- und Baunebenberufen würden dringend Fachkräfte gesucht. So stünden rund 11 000 offenen Stellen für Maurer nur knapp 2 000 arbeitslos gemeldete Fachkräfte gegenüber¹.

Beschäftigung

Unschärfen in der amtlichen Beschäftigtenstatistik haben in letzter Zeit die Berichterstattung immer mehr beeinträchtigt. Von der Einführung der Systematik des produzierenden Gewerbes wie auch der Statistik der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Arbeitnehmer waren Verbesserungen erwartet worden, doch sind diese auch nach längerer Übergangszeit noch nicht erkennbar. So betrug die Differenz zwischen der Zahl der ausgewiesenen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten und der Zahl der insgesamt beschäftigten Arbeitnehmer Anfang 1974 rund 1,4 Mill.; im dritten Quartal 1979 belief sich diese Differenz nur noch auf 1,1 Mill., obwohl sie angesichts der inzwischen gestiegenen Zahl von Beamten erheblich höher hätte sein müssen. Vieles spricht dafür, daß die Zahl der versicherungspflichtig beschäftigten Arbeitnehmer mit Schwerpunkt im



Bereich der privaten Dienstleistungen seit längerem überhöht ausgewiesen wird, und zwar mit steigender Tendenz.

Nach Berechnungen des DIW hat die Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer im Durchschnitt des ersten Vierteljahres 1980 kräftiger noch als in den Quartalen des vorangegangenen Jahres zugenommen. Diese Entwicklung war allerdings neben konjunkturellen Einflüssen auch der günstigen Witterung zuzuschreiben. Saisonbereinigt ist die Beschäftigtenzahl um 95 000 gestiegen. Sie war damit im Berichtsquartal um 340 000 höher als ein Jahr zuvor.

Im verarbeitenden Gewerbe hat sich die Nachfrage nach Arbeitskräften insgesamt leicht verstärkt. Handwerkliche Betriebe haben im starken Umfang Auszubildende eingestellt und ihre Beschäftigtenzahl stärker als Industrieunternehmen ausgedehnt. Im Bergbau und im Verbrauchsgütergewerbe nahm die Beschäftigung saisonbereinigt sogar ab. Anhaltend kräftig war noch die Nachfrage nach Arbeitskräften

¹ Amtliche Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit, 28. Jg., Nr. 3, S. 197 ff.

Saisonbereinigte Entwicklung der Beschäftigtenzahl 1)
In 1 000 Personen

	1977			1978				1979				1980
	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I
Land- u. Forstwirtsch.	263	262	261	261	261	260	259	259	259	259	259	259
Produzierendes Gewerbe	10 441	10 437	10 435	10 451	10 461	10 484	10 508	10 544	10 581	10 618	10 670	10 733
dar.: Verarb. Gewerbe	8 560	8 568	8 567	8 570	8 569	8 580	8 591	8 596	8 620	8 648	8 683	8 722
Baugewerbe	1 426	1 416	1 414	1 430	1 441	1 456	1 471	1 500	1 513	1 520	1 537	1 563
Handel und Verkehr	4 074	4 072	4 072	4 068	4 074	4 081	4 088	4 098	4 109	4 117	4 128	4 139
Dienstleistungen	6 557	6 566	6 596	6 623	6 656	6 692	6 716	6 753	6 787	6 816	6 839	6 860
Beschäftigte, gesamt	21 335	21 338	21 365	21 404	21 451	21 517	21 571	21 654	21 735	21 810	21 897	21 991

1) Saisonbereinigt nach dem Berliner Verfahren.

im Investitionsgütergewerbe (+ 18 000); die Beschäftigung im Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe (+ 18 000) stieg sogar in einem Umfang, wie es seit Einführung der neuen Systematik noch nicht registriert worden war. Hier hat sicherlich die milde Witterung die Nachfrage nach Arbeitskräften gestützt.

Die Differenzierung der Beschäftigungsentwicklung wird in der Gliederung nach Branchen noch deutlicher sichtbar. Von Ende Dezember 1979 bis Ende März 1980 war die Beschäftigung im Bereich Steine und Erden, eisenschaffende Industrie und Bekleidungsindustrie rückläufig; relativ stark nahm sie dagegen in der Mineralölverarbeitung, der NE-Metallerzeugung, nur leicht indes im Straßenfahrzeugbau und der chemischen Industrie zu.

Der besonders starke Anstieg der Beschäftigung in der Bauwirtschaft ist ebenfalls auf die geringe Beeinträchtigung der Produktionsvorhaben im letzten Winter zurückzuführen. Seit dem vierten Quartal 1978 expandiert hier die Beschäftigung mit einer Jahreszuwachsrate von über 4 vH.

Im Groß- und Einzelhandel (+ 6 000) ist die Beschäftigung schwächer als in den vergangenen Quartalen ausgeweitet worden. Zu berücksichtigen ist allerdings, daß die Beschäftigung nach einer fast ständigen Aufwärtsentwicklung seit 1976 ein hohes Niveau erreicht hat. In den einzelnen Bereichen des Verkehrsgewerbes ist ein gewisser Wandel in der Beschäftigtenentwicklung zu beobachten. Bei der Bundespost nimmt die Beschäftigung schwächer zu als bisher, während die Bundesbahn ihre über lange Zeit sehr restriktive Personalpolitik fühlbar gelockert hat. Insgesamt hat im Berichtsquartal die Beschäftigung (+ 4 000) stärker als bisher zugenommen.

Die Beschäftigtenexpansion im Dienstleistungssektor vollzieht sich seit Beginn der 70er Jahre bemerkenswert stetig. Selbst die Rezession 1974/75, die in fast allen Bereichen des produzierenden Gewerbes tiefe Einbrüche verursacht hatte, führte hier nur zu einer geringfügigen Abschwächung der Nachfrage nach Arbeitskräften. Im Berichtsquartal hat sich die Beschäftigtenzahl saisonbereinigt weiter, um 22 000, erhöht.

Die Entwicklung der Beschäftigtenzahl nach der Stellung im Beruf war ebenso stark differenziert wie in den Vorquartalen; sie weist damit eine Tendenz auf, die zuvor nicht zu beobachten war, daß nämlich die Nachfrage nach Arbeitskräften über die betriebliche Ausbildung stärker an zukünftiger als an gegenwärtiger Produktion orientiert ist. Die Zahl der Auszubildenden hat im Vorjahresvergleich um mehr als 9 vH zugenommen, auf sie entfiel damit fast die Hälfte aller Neueinstellungen. Die Zahl der Arbeiter hat demgegenüber lediglich um 0,8 vH, die der Angestellten um 1,1 vH zugenommen.

Durchschnittseinkommen

Wie schon häufiger zu Beginn eines Jahres war die Einkommensentwicklung auch im ersten Quartal 1980 durch Sondereinflüsse geprägt. Tarifliche Vereinbarungen werden in der Regel mit Schwerpunkt am Beginn eines Jahres abgeschlossen. Verzögerungen bei den Abschlüssen führen allerdings nicht selten zu Nachzahlungen, die erst im zweiten Quartal geleistet werden. 1979 waren auch Laufzeiten vereinbart worden, die über den üblichen 12-Monats-Turnus hinausgingen. Im Berichtsquartal ergab sich damit ein Druck auf das tarifliche Lohn- und Gehaltsniveau; dies verdeckt, daß die Abschlüsse der dies-

Entwicklung von Effektiv- und Tariflöhnen¹⁾ und -gehältern in ausgewählten Wirtschaftszweigen²⁾

	1977				1978				1979				1980
	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I
Zunahme in vH gegenüber der entsprechenden Vorjahrszeit													
Arbeiter													
effektiv	7,9	7,1	5,7	6,4	4,4	5,7	5,6	5,7	5,2	5,9	6,6	8,4	9,2
tariflich 3)	6,9	6,8	7,2	7,1	5,3	5,0	5,5	5,4	6,0	5,8	5,1	5,1	4,2
Angestellte													
effektiv	7,7	7,8	7,2	7,7	5,8	5,6	5,9	6,0	6,7	6,0	6,1	6,5	6,1
tariflich 3)	6,5	6,6	6,5	6,6	5,3	4,8	5,0	5,0	5,4	5,2	4,6	4,5	3,8
Differenz zwischen effektiver und tariflicher Veränderungsrate													
Arbeiter	+1,0	+0,3	-1,5	-0,7	-0,9	+0,7	+0,1	+0,3	-0,8	+0,1	+1,5	+3,3	+5,0
Angestellte	+1,2	+1,2	+0,7	+1,1	+0,5	+0,8	+0,9	+1,0	+1,3	+0,8	+1,5	+2,0	+2,3

1) Berechnungsbasis: Tarifliche Wochenlöhne.- 2) Produzierendes Gewerbe, Handel, Verkehr und öffentlicher Dienst; bei den Angestellten zusätzlich Geld-, Bank- und Versicherungswesen.- 3) Jeweils der erste Monat eines Vierteljahres.

jährigen Lohnrunde höher sind als im Vorjahr. Daher sind auch die Auswirkungen der tariflichen Vereinbarungen erst im späteren Jahresverlauf genauer zu beziffern.

Im Unterschied zur tariflichen ist die effektive Bezahlung im Quartalsdurchschnitt beschleunigt gestiegen. Mit 9 vH war im Vorjahresvergleich der Zuwachs der Durchschnittseinkommen je beschäftigten Lohnempfänger am stärksten. Die Lohndrift war daher bei den Arbeitern besonders groß. Eine erhebliche Rolle hat dabei die Entwicklung im Baugewerbe gespielt, da dort die effektiven Bezüge zu Jahresbeginn 1979 wegen der ungünstigen Witterung besonders niedrig waren.

Zahl der durchschnittlich geleisteten Arbeiterstunden
Veränderung in vH gegenüber der entsprechenden Vorjahrszeit

	1978			1979				1980
	II	III	IV	I	II	III	IV	I
Verarb.Gew. ¹⁾	-0,2	-1,2	-1,3	+1,0	-1,0	-0,9	-0,3	+0,1
Bauhauptgew.	+0,8	-3,0	-1,4	-16,5	-1,0	+1,4	+3,5	+24,2

1) Einschl. Bergbau. Nur Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten.

Zu berücksichtigen ist aber auch, daß die Tarifstatistik des Statistischen Bundesamtes auf den ersten Monat eines Vierteljahres abgestellt ist. Die Tarifvereinbarungen der Lohnrunde 1980 sind jedoch mit Schwergewicht erst im März 1980 wirksam geworden. Nach Berechnungen der Bundesbank²⁾ hat sich die Veränderungsrate der Tariflöhne und -gehälter zum Vorjahr allein von Januar bis März 1980 von

4,2 auf 6,3 vH erhöht. Die Lohndrift hat sich also zum Quartalsende erheblich reduziert.

Bei einem durchschnittlichen Anstieg der Einkommen je Beschäftigten um 6,6 vH betrug die Zunahme im verarbeitenden Gewerbe knapp 6 vH, in den tertiären Bereichen 5 vH. Wegen geringerer Arbeitszeit waren lediglich im Bergbau Einbußen größeren Umfangs zu verzeichnen, so daß hier das Einkommensniveau des Vorjahres nur knapp überschritten wurde.

Im Sonderfall Baugewerbe waren dagegen extreme Veränderungsdaten zu registrieren. Im Vorjahresvergleich stiegen die Einkünfte der männlichen Bauarbeiter um 40 vH. Die Begründung ist in der Veränderung der durchschnittlich geleisteten Arbeitszeit zu finden; im Berichtsquartal ergab sich eine Erhöhung um mehr als 24 vH, in der Referenzperiode des Vorjahres dagegen eine Abnahme um fast 17 vH. Diese Entwicklung kommt auch in den gemeldeten Ausfalltagewerken zum Ausdruck (I/79: + 62 vH; I/80: - 42 vH).

Ausblick

Seit dem Frühjahr 1980 hat sich die Lage am Arbeitsmarkt verschlechtert. Mit saisonbereinigt steigenden Arbeitslosenzahlen dürfte sich der erwartete Wandel am Arbeitsmarkt vollzogen haben. Gegenüber dem Tiefstand vom Februar waren im Mai die Arbeitslosenzahlen schon um rund 50 000 höher; im

²⁾ Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 32. Jg., Nr. 6, Juni 1980, S. 69*.

Beschäftigung, Bruttolöhne und -gehälter sowie Durchschnittseinkommen
Veränderung in vH gegenüber der entsprechenden Vorjahrszeit

	1978	1979	1978				1979				1980	
			I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II ¹⁾
Beschäftigung	0,7	1,3	0,3	0,5	0,8	1,0	1,2	1,3	1,4	1,5	1,6	1,3
Bruttolöhne und -gehälter	5,9	7,3	5,2	5,5	6,2	6,5	6,9	7,1	7,2	8,0	8,3	7,9
Durchschnittseinkommen	5,2	5,9	4,9	4,9	5,3	5,5	5,6	5,7	5,7	6,4	6,6	6,5

1) Schätzung.

Herbst dürfte die Arbeitslosigkeit saisonbereinigt die 900 000-Marke überschreiten. Trotz der noch relativ günstigen Arbeitslosenzahlen in den ersten Monaten dieses Jahres wird im Jahresdurchschnitt der Vorjahrsstand wohl zumindest wieder erreicht, wenn nicht gar leicht überschritten werden. Hierbei wirkt auch das immer noch steigende Angebot an Erwerbspersonen aus den bekannten demografischen Gründen sowie die wachsende Zahl von Asylbewerbern mit. Die Beschäftigung ist saisonbereinigt im zweiten Quartal bei nachlassender Nachfrage nach Arbeitskräften noch geringfügig gestiegen, im dritten Quartal dürfte sie stagnieren und zum Jahresende zurückgehen. Insgesamt dürfte das Vorjahrs-

niveau der Beschäftigung im Jahresdurchschnitt noch um 1,2 vH übertroffen werden.

Die Tarifabschlüsse der diesjährigen Lohnrunde werden bei einer durchschnittlichen Anhebung der Lohnsätze um 6,5 vH zu einer Verstärkung der Einkommensexpansion beitragen. Die Lohndrift, die im ersten Viertel des Jahres noch groß war, wird aufgrund einer nachlassenden Nachfrage nach Arbeitskräften und der höheren Tarifkomponente stark zurückgehen. Im zweiten Quartal dürften sich im Vorjahrsvergleich die durchschnittlichen effektiven Einkommen mit 6,5 vH im Tempo der tariflichen Entwicklung erhöht haben, die Bruttolohn- und -gehaltsumme hat dabei um 8 vH zugenommen.

Aus den Veröffentlichungen des DIW

Sonderhefte

Erscheinen als neue Folge wieder seit 1948. Format DIN A 5.

- Nr. 113 **Sicherheits-, Preis- und Umweltaspekte der Energieversorgung.** Von Urs Dolinski und Hans-Joachim Ziesing. 303 S. 1976. DM 78,60.
- Nr. 114 **Perspektiven und Probleme wirtschaftlicher Zusammenarbeit zwischen Ost- und Westeuropa.** Herausgegeben von Doris Cornelsen, Heinrich Machowski und Karl-Ernst Schenk. 204 S. 1976. DM 68,—.
- Nr. 115 **Das Sozialprodukt der Deutschen Demokratischen Republik im Vergleich mit dem der Bundesrepublik Deutschland.** Von Herbert Wilkens. 188 S. 1976. DM 54,60.
- Nr. 116 **Zur Planung, Organisation und Lenkung von Forschung und Entwicklung in der DDR — Aspekte des wissenschaftlich-technischen Fortschritts.** Von Angela Scherzinger. 212 S. 1977. DM 64,60.
- Nr. 117 **Die Landwirtschaft der DDR vor und nach ihrer Umgestaltung im Jahre 1960.** Von Horst Lambrecht. 307 S. 1977. DM 94,60.
- Nr. 118 **Kriterien wirtschaftsfördernder Maßnahmen für die verarbeitende Industrie in Berlin.** Von Burkhard Dreher. 60 S. 1977. DM 22,60.
- Nr. 119 **Der Handel der Deutschen Demokratischen Republik mit der Bundesrepublik Deutschland und den übrigen OECD-Ländern.** Eine vergleichende Betrachtung des Westhandels der DDR in den Jahren 1965 bis 1975. Von Horst Lambrecht. 98 S. 1977. DM 28,60.
- Nr. 120 **Untersuchung zu Fragen der Gaspreisbildung als Folge der Interdependenz zwischen dem internationalen Erdgasbeschaffungs- und Erdgasabsatzmarkt in der Bundesrepublik Deutschland.** Von Urs Dolinski. 110 S. 1978. DM 49,80.
- Nr. 121 **Die Entwicklung des Arbeitsplatzangebots in den Arbeitsmarktregionen.** Daten für 1961 und 1970, Prognoseergebnisse für 1980 und Kontrollrechnungen zur Überprüfung des Prognoseverfahrens. Von Herwig Birg. 152 S. 1978. DM 54,80.
- Nr. 122 **Konzeption einer Strukturberichterstattung für die Bundesrepublik Deutschland.** Möglichkeiten und Grenzen der Analyse sektoraler Strukturentwicklungen. Von Bernd Görzig und Wolfgang Kirner, unter Mitarbeit von Reiner Stäglin. 68 S. 1978. DM 28,60.
- Nr. 123 **Zweimal deutsche Sozialpolitik.** Von Peter Mitscherling. 136 S. 1978. DM 26,—.
- Nr. 124 **Forschung und Entwicklung in der Berliner Industrie.** Ergebnisse einer Befragung. Von Burkhard Dreher. 112 S. 1978. DM 36,—.
- Nr. 125 **Maßnahmen für eine sichere und umweltverträgliche Energieversorgung.** Von Urs Dolinski und Hans-Joachim Ziesing unter Mitarbeit von Klaus-Dieter Labahn. 379 S. 1978. DM 148,—.
- Nr. 126 **Zur Lage und Entwicklung der deutschen Filmwirtschaft.** Von Burkhard Dreher. 93 S. 1978. DM 32,80.
- Nr. 127 **Neuberechnung der Wegekosten im Verkehr für das Jahr 1975.** Von Heinz Enderlein. 48 S. 1978. DM 18,60.
- Nr. 128 **Regionalplanung und regionale Wirtschaftsstruktur in der Deutschen Demokratischen Republik.** Von Angela Scherzinger und Herbert Wilkens. 89 S. 1979. DM 33,60.
- Nr. 129 **Das Kaufkraftverhältnis zwischen D-Mark und Mark (DDR). Eine Neuberechnung.** Von Charlotte Otto-Arnold. 76 S. 1979. DM 24,60.
- Nr. 130 **Industrielle Strukturprobleme und sektorale Strukturpolitik in der Europäischen Gemeinschaft.** Von Fritz Franzmeyer. 160 S. 1979. DM 59,60.
- Nr. 131 **Zur Interdependenz der Bevölkerungs- und Arbeitsplatzentwicklung.** Grundlagen eines simultanen interregionalen Modells für die Bundesrepublik Deutschland. Von Herwig Birg. 290 S. 1979. DM 118,—.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Straße 5, D-1000 Berlin 33
Telefon (030) 8 29 11

Präsident: Prof. Dr. Hans-Jürgen Krupp

Abteilungsleiterkollegium: Dr. Oskar de la Chevallerie, Dr. Doris Cornelsen, Dr. Fritz Franzmeyer,
Prof. Dr. Wolfgang Kirner, Prof. Dr. Rolf Krengel, Dr. Reinhard Pohl, Dr. Horst Seidler, Dr. Wolfgang Watter

Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich

Schriftleitung: Dr. Klaus Henkner.

Geldpolitik und „manipuliertes Floaten“. Bearbeitet von Reinhard Pohl. —
Vor Wende am Arbeitsmarkt? Bearbeitet von Gerhard Göseke.

Verlag: Duncker & Humblot, Dietrich-Schäfer-Weg 9, D-1000 Berlin 41. Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe zulässig. Druck: Zippel-Druck in Firma Büro-Technik Berlin, Muskauer Str. 43, D-1000 Berlin 36.
Bezugspreis für den Jahrgang DM 80,—, vierteljährlich DM 25,—, Einzelnummer DM 3,—.